Geldwäsche

Blockierter Untersuchungsausschuss

Der Panama-Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments, der sich mit Geldwäsche und Steuerhinterziehung in der EU beschäftigt, wird von den EU-Ländern blockiert. Ende Januar sagten der estnische und maltesische Finanzminister die im Ausschuss geplante Anhörung ab. Die britische Regierung schickte nur subalterne Beamte, als der Ausschuss vergangene Woche in London mehr über die zahlreichen Steuerparadiese unter den britischen Kronkolonien wissen wollte. Angeforderte Dokumente werden dem Ausschuss von den Mitgliedsländern nur zögerlich zur Verfügung gestellt. Die kollektive Abwehr wird sogar von einer Ratsarbeitsgruppe koordiniert, weil viele EU-Staaten sich in Steuerdingen nicht vom EU-Parlament in die Karten schauen lassen wollen. „Die Mitgliedstaaten verhindern weiter Aufklärung und decken somit Geldwäsche, Steuerhinterziehung und auch Terrorfinanzierung“, sagt Fabio De Masi, Ausschussmitglied für die Linke. Als Reaktion kamen die Ausschusskoordinatoren am Montag überein, den Ausschuss um bis zu ein halbes Jahr zu verlängern. „Das Blockadeverhalten im Rat können wir so nicht hinnehmen“, sagte der Ausschussvorsitzende Werner Langen (CDU). „Eine vernünftige Untersuchung der Steuervermeidungspraktiken in mehreren EU-Ländern setzt Zugang zu Dokumenten voraus.“ Einen Abschlussbericht strebt er nun für November an. mp, pau

VISITPANAMA.COM / TMN / DPA

Panama-Stadt

Griechenland

IWF will weniger Geld geben

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird sich voraussichtlich nur mit einem Betrag von bis zu fünf Milliarden Euro am dritten Rettungspaket für Griechenland beteiligen. Von dieser Größenordnung gehen die europäischen Geldgeber aus. Ursprünglich war von 16 Milliarden Euro die Rede. Vergangene Woche schwenkte der IWF nach langem Streit auf die Linie der Europäer ein, von den Griechen als Gegenleistung für frisches Geld Primärüberschüsse von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu verlangen. Der Primärüberschuss beschreibt das Etatplus, bevor die Schulden bedient werden. Lange hatte der IWF seine Beteiligung an dem 86-Milliarden-Programm verweigert, weil er ein Plus von allenfalls 1,5 Prozent für realistisch hielt. Um die Überschüsse zu erzielen, muss Griechenland zusätzlich in seinem Rentensystem sparen und den Arbeitsmarkt flexibilisieren. Die Geldgeber hoffen, dass die anstehenden Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich Athen zur schnellen Einwilligung bewegen, weil je nach Wahlausgang die Fortsetzung des Programms schwieriger werden könnte. rei

Deutsche Bank

Neuer Investor steigt ein

Die krisengeplagte Deutsche Bank bekommt einen neuen Großaktionär. Neben Scheich Hamad Bin Jassim Al-Thani aus Katar und seinem Cousin, die zusammen knapp zehn Prozent kontrollieren, sowie dem amerikanischen Fondsriesen Blackrock wird in Kürze ein weiterer Investor mindestens drei Prozent an der Deutschen Bank halten. Perspektivisch erwäge der neue Großaktionär, seine Beteiligung auf bis zu zehn Prozent aufzustocken, heißt es in Finanzkreisen. Auch die Katarer haben grundsätzlich Interesse gezeigt, ihren Einfluss auszubauen, gegebenenfalls im Verbund mit anderen Investoren. Der neue Großaktionär soll jedoch nicht mit Katar in Verbindung stehen. Der Einstieg kommt in einem Moment, da der Druck der Aktionäre auf Vorstandschef John Cryan wächst, die Strategie der Bank zu korrigieren und sie nach Jahren des Schrumpfens wieder auf Wachstum zu trimmen. Doch das Kapital ist knapp, und mit dem Einstieg des neuen Großaktionärs geht keine Kapitalerhöhung einher. Als wahrscheinlich gilt, dass die Deutsche Bank bis zu 30 Prozent ihrer Vermögensverwaltung an die Börse bringt. mhs

JENS BÜTTNER / DPA

Verkehr

Länder machen gegen Pkw-Maut mobil

Im Bundesrat formiert sich Widerstand gegen die von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) geplante Ausländermaut. Rheinland-Pfalz und das Saarland wollen kommende Woche im Verkehrsausschuss der Länderkammer einen Antrag einbringen, in dem sie fordern, den Gesetzentwurf abzulehnen. Die Maut „baut Schranken zwischen Deutschland und seinen europäischen Nachbarn auf“, heißt es zur Begründung. Betroffen seien vor allem Grenzregionen, es seien „erhebliche wirtschaftlich nachteilige Auswirkungen“ zu erwarten. Im Bundesrat wird damit gerechnet, dass der Antrag eine Mehrheit im Verkehrsausschuss findet. Damit ist auch eine entsprechende Stellungnahme bei der nächsten Sitzung des Bundesrats am 10. März wahrscheinlich. Weil es sich bei der Maut um ein sogenanntes Einspruchsgesetz handelt, können die Länder das Inkrafttreten zwar nicht verhindern, das Verfahren allerdings in die Länge ziehen und so gefährden. Eigentlich will Dobrindt das Prozedere bis Ende März abschließen und keine Zugeständnisse mehr machen. In diesem Fall könnte der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen und die Entscheidung bis zur Bundestagswahl verschleppen. Dobrindt würde dann mit seinem Projekt auf den letzten Metern doch noch scheitern. böl